

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 23 (1920-1921)

Artikel: Das Sozialisierungsproblem in Deutschland
Autor: Fernau, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-749763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

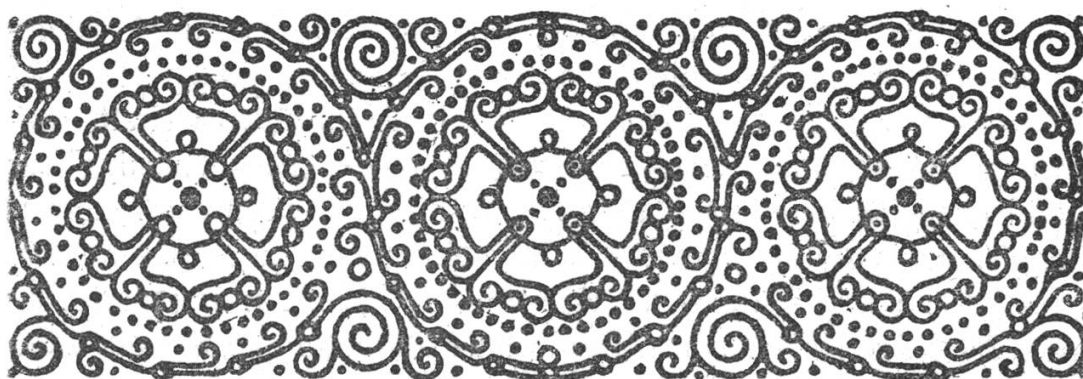
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DAS SOZIALISIERUNGSPROBLEM IN DEUTSCHLAND

Die Art, wie der internationale Sozialismus zu dem Weltkrieg und seinen Folgen Stellung nahm, gehört mit zu den bittersten Enttäuschungen, die uns der Weltkrieg gebracht hat.

Gleich bei Beginn der Katastrophe übten die Arbeiterführer der Zentralmächte schmachvollen Verrat an ihren vornehmsten Prinzipien, als sie kritiklos einem Krieg zustimmten, der ein offener Angriffskrieg war und mit der Vergewaltigung eines neutralen Staates begann.

Nicht minder zaghaft und ohnmächtig erwies sich der Sozialismus in seinen Bemühungen, vom Krieg wieder zum Frieden zu kommen. Weder als internationale Organisation noch als nationale Partei zeigte sich die Arbeiterschaft fähig, einen Druck im Sinne eines frühzeitigen und demokratischen Friedensschlusses auszuüben. (Der einzige Versuch dieser Art, nämlich die Friedensresolution vom 19. Juli 1917, wurde nicht von den Sozialisten, sondern von dem „bürgerlichen“ Erzberger inspiriert.) Man braucht nur die Memoiren des Genossen Scheidemann zu lesen,¹⁾ um einen Begriff zu bekommen, wie sich die sozialistischen Parteien der Zentralmächte von der Regierung Wilhelms II. bis zur offenen Verhöhnung verhalten ließen. So musste der Krieg bis zum bitteren Ende durchgekämpft werden und mit einem Frieden enden, der alles andere denn demokratisch-sozialistisch ist.

¹⁾ *Der Zusammenbruch*, von Philipp Scheidemann, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin.

Wie der Sozialismus unfähig zu einer *politischen* Machterhaltung im Sinne des Friedens war, so versagte er auch als *wirtschaftlicher* Reformator. Denn als er (nicht aus eigener Kraft, sondern gedrängt durch die Kriegsfolgen) einen jähen Aufstieg zur politischen Macht erlebte, da zeigte er sich zur positiven Mitarbeit und Wiederherstellung geordneter Verhältnisse genau so ohnmächtig wie früher zur Verhütung der Katastrophe. Zuerst triumphierte der gemäßigte Sozialismus unter Kerenskis Führung in *Russland*. Aber kaum hatte er die ersten Reformversuche unternommen, als er (mit deutscher Hilfe) von der radikaleren Richtung Lenin-Trotzki abgelöst wurde. Die Bolschewisten schritten sofort zur integralen Verwirklichung ihrer marxistischen Ideale. Mit welchem Erfolg, das ist heute hinlänglich bekannt: Diktatur, Zensur, Terror, Wirtschaftszerrüttung, Geldentwertung, Hunger, Arbeitslosigkeit, Bürgerkrieg, kurzum Abwärtsbewegung, Verelendung, Hoffnungslosigkeit auf der ganzen Linie. Wohl niemals ist die sozialistische Heilslehre fürchterlicher durch die Praxis widerlegt worden als unter der Herrschaft derer, die im Namen dieser Heilslehre alles ruinierten, was der Krieg in Russland noch nicht ruiniert hatte.

Ähnlich verhängnisvoll wurde die radikale Anwendung sozialistischer Theorien für *Ungarn*. Bela Kuns roter Terror ebnete den Weg zu Horthys weißem Terror. So ging der sozialistische Gedanke in Ungarn an der Maßlosigkeit seiner eigenen Verkünder zugrunde.

Und endlich *Deutschland*. Die November-Revolution machte die sozialistischen Arbeiterparteien über Nacht zu Herrinnen der Lage und beauftragte sie mit der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung der aus der Niederlage geborenen deutschen Demokratie. Der deutsche Sozialismus, der jahrzehntelang eine Führerrolle in der internationalen Arbeiterbewegung gespielt hatte, stand dieser Aufgabe völlig ratlos gegenüber. Hatten die deutschen Arbeiter von jeher für die politischen Forderungen des Sozialismus wenig Interesse und Begeisterung gezeigt, so begriffen sie jetzt, nachdem ihnen die sterbende Autokratie die Herrschaft überlassen hatte, den Sozialismus nur als unmittelbaren Verbesserer ihrer sozialen Lage. Was man ihnen jahrelang als sozialistisches Endziel gepredigt hatte, nämlich den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft durch die Überführung aller Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz, das

stellten sie sich als Herrschaft ohne Verantwortung, als Lohn-erhöhung und Arbeitsverringerung vor und erhofften daraus ein Paradies auf Erden.

Nachdem die erste Revolutionswelle, die von dem Schrei nach der „Diktatur des Proletariats“ getragen wurde, verebbt war, kristallisierte sich dieses materiell-sozialistische Verlangen der Arbeitermassen in dem einmütigen Ruf nach der „Sozialisierung“. Aber die Wenigsten, die dieses Wort andauernd im Munde führten, hatten eine Vorstellung von den *praktischen* Schwierigkeiten, die sich einer Verwirklichung sozialer Ideale überall in den Weg stellen. Marx, Engels und ihre Schüler hatten zwar meisterhaft über die Schäden der kapitalistischen Wirtschaft gesprochen und ihnen die Schönheiten einer sozialistischen Gesellschaft entgegengehalten, aber mit welchen praktischen Maßnahmen man nach geglückter Revolution die sozialistische Gesellschaft vorbereitet, errichtet und festigt, das haben sie uns zu sagen vergessen; ihre vielbändigen Werke enthalten jedenfalls nichts, was irgendwie auf die Situation im November 1918 anwendbar gewesen wäre.

Rat- und machtlos standen die sozialistischen Führer vor den Ereignissen und vor den fordernden Volksmassen. Kaum hatte einer einen Sozialisierungsvorschlag entwickelt, als ihm ein anderer auch schon heftig widersprach, ihn womöglich einen Verräter an der Arbeiterschaft nannte und einen viel radikaleren Plan aufstellte. So kam es, dass schon wenige Monate nach der Revolution die deutsche Arbeiterschaft in mehrere Parteien und Parteichen zersplittert war, die sich zur größten Freude des Kapitals gegenseitig viel wütender bekämpften als den gemeinsamen Feind. Die besonneneren Elemente führten zahlreiche gewichtige Bedenken gegen die Sozialisierung ins Feld. Zunächst stand ihnen das russische Beispiel einer brutalen Vollsozialisierung abschreckend vor Augen. Denn wenn die Sozialisierung, wie in Russland, allgemein zerstörend und letzten Endes auch für das Proletariat verelendend wirkt, dann kann sie unmöglich ein Fortschritt sein. Dann war zu bedenken, dass keine Zeit für Sozialisierungsversuche ungeeigneter war, als die damalige; denn fünf Jahre Krieg, Blockade und Raubbau hatten die deutsche Wirtschaft so gründlich erschöpft und desorganisiert, dass die Sozialisierung gewissermaßen eine Konkursverwaltung gewesen wäre; diese vom Kaiserreich hinterlassene

Konkursmasse konnte um so weniger eine Glücksquelle für das Proletariat werden, als im Augenblick der höchsten wirtschaftlichen Not die Arbeiterschaft mit den höchsten Forderungen auf den Plan trat. — Nicht minder recht hatten jene, die darauf hinwiesen, dass eine vierzigjährige sozialistische Erziehung die Arbeitermassen so sehr mit den marxistischen Vorstellungen des Klassenkampfes und Klassenhasses vergiftet hatte, dass eine sofortige Sozialisierung allen nichtproletarischen Schichten (die vorläufig noch die Mehrheit waren) wie eine soziale Kriegserklärung und Klassenvergewaltigung erscheinen musste; gerade jetzt aber müsse eine weitere Verschärfung der Klassengegensätze um jeden Preis vermieden werden.

Alle diese besonnenen Elemente wurden von dem Geschrei der Radikalen übertönt, die mit dem Schlagwort von der „Vollsozialisierung“ die Spartakusputsche inszenierten, das sofortige Zusammengehen mit Sowjetrußland forderten und, wie immer in solchen Fällen, durch die Maßlosigkeit ihrer Forderungen, schließlich nur der *Reaktion* Vorschub leisteten. Denn als die um Herrn Stinnes gruppierten Finanz- und Industriemagnaten sahen, wie sich die deutsche Arbeiterschaft über die beste Sozialisierungsmethode die Köpfe blutig schlug, da organisierten sie sofort den Gegenfeldzug, der den Arbeitern gar bald bewies, dass der angeblich zusammengebrochene Kapitalismus lebenskräftiger denn je aus dem Weltkrieg hervorgegangen war.

* * *

Wer sich über die unendlich mannigfachen Vorschläge und Richtungen innerhalb dieses Sozialisierungsproblems ein Bild machen möchte, dem empfehle ich die Lektüre eines soeben erschienenen Buches des bekannten Sozialisten Heinrich Ströbel.¹⁾ Was Ströbel uns über die heutigen Zustände in Rußland und Ungarn zu berichten weiß und zu welch vernichtenden Urteilen er über die dort gemachten Sozialisierungsversuche gelangt, das ist ganz besonders interessant.

Ströbels Buch ist eine ungewollte Bestätigung dafür, dass die internationale Arbeiterbewegung auf der ganzen Linie *versagt* hat, als praktische Aufgaben der Politik und Wirtschaft an sie heran-

¹⁾ *Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen*, von Heinrich Ströbel. Der Farn-Verlag, Berlin.

traten. Nicht einmal theoretisch konnte sie die durch den Weltkrieg geschaffenen Probleme lösen. Denn selbst der Sozialist Ströbel muss freimütig bekennen: „Wir müssen es noch einmal unterstreichen: Das Beste, Eindringlichste, Begeisterndste, was über das Thema der Sozialisierung seit der Revolution geschrieben worden ist, stammt nicht aus der Feder sozialistischer Veteranen; es wurde von Gelehrten geschrieben, denen erst die Revolution die Möglichkeit gab, vom Katheder herab für den Sozialismus Zeugnis abzulegen.“

Wozu ich noch bemerken möchte, dass meiner Ansicht nach der vernünftigste und unmittelbar anwendbarste Sozialisierungsvorschlag, der bisher in Deutschland gemacht worden ist, von dem *nichtsozialistischen* Stadtbaurat Alfons Horten stammt.¹⁾ Horten war jahrelang Betriebsleiter der Thyssenschen Werke und spricht als sozial denkender Industriefachmann. Seine einfachen, klaren Vorschläge unterscheiden sich vorteilhaft von den gelehrten Theorien so vieler sozialistischer Parteihäuptlinge, die das Sozialisierungsproblem immer wieder in den Rahmen ihres Parteiprogramms zwingen müssen. Da Horten keiner sozialistischen Partei angehört und andererseits seine Vorschläge just deswegen auf das schärfste von der Stinnespartei bekämpft wurden, weil sie *sofort durchführbar* gewesen wären, so fehlte ihnen der nötige Resonanzboden. Die von der Regierung gebildete Sozialisierungskommission diskutierte nur die Vorschläge Wissell-Möllendorff, Lederer und Rathenau. Ihre Beratungen blieben aber schon in den Anfängen stecken und die Kommission erlebte schließlich dasselbe Schicksal wie jene andere, die man zwecks Untersuchung der Schuld am Kriege eingesetzt hatte: sie starb am Widerstand der Mächte des Alten.

Im Dezember 1918 ließ die sozialistische Regierung Beruhigungsplakate anschlagen: „Die Sozialisierung marschiert!“ Das einzig positive Ergebnis dieses ‚Marsches‘ war bislang nur die verfassungsgemäße Anerkennung der Arbeiter-Betriebsräte, von denen im Artikel 165 der deutschen Verfassung gesagt ist, dass „Arbeiter und Angestellte dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung

¹⁾ *Sozialisierung und Wiederaufbau*, von Alfons Horten, Verlag Neues Vaterland, Berlin.

der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Aber auch Ströbel muss zugeben, dass das Betriebsrätegesetz, obgleich es in mancher Beziehung als erster Schritt zur Demokratisierung der Wirtschaft gelten kann, keineswegs die Lösung der Sozialisierungsfrage ermöglicht.

Es handelt sich bei diesem Sozialisierungsproblem um die praktische Beantwortung folgender Grundfragen:

1. Wie überführen wir die lebenswichtigen Nationalindustrien in Gemeinschaftsbesitz und zwar so, dass dadurch
2. die Produktion erhöht wird,
3. die hohen Preise abgebaut werden und
4. der Arbeiter moralisch und sozial besser gestellt wird als bisher.

Vor diesem Problem stehen Führer und Geführte heute noch genau so rat-, tat- und mutlos wie damals in der November-Revolution.

Inzwischen hat sich das Bild stark geändert. Verursacht durch die Uneinigkeit und den Radikalismus der Arbeiterschaft, hat das Kapital einen energischen Gegenfeldzug zur Wiederherstellung seiner Macht begonnen. Dieser Gegenfeldzug hätte längst zu einem vollen Erfolg geführt, wenn ... der Versailler Vertrag nicht wäre. So aber drängt die Entente auf Bezahlung der aus diesem Vertrag entstandenen deutschen Reparationsschuld. Deutschland aber kann die dafür erforderlichen Riesensummen nicht nur durch erhöhte Ausfuhrgewinne und Steuern aufbringen, es muss sich außerdem noch neue Einnahmequellen in Form von *Staatsmonopolen* usw. verschaffen. Unter diesen Umständen wird sich also das Kapital wohl oder übel mit einer staatlichen Gewinnbeteiligung an den Unternehmerprofiten einverstanden erklären müssen. Damit hat aber die Sozialisierungsfrage ihr ursprünglich sozialistisches Gesicht verloren und wird zu einer, im Grunde höchst unsozialistischen, *fiskalischen* Maßnahme degradiert.

* * *

Fassen wir das Gesagte kurz zusammen:

Als der Sozialismus die politische Macht in der Hand hatte, zeigte er sich zur Verwirklichung der stürmisch geforderten Sozialisierung total unfähig. Diese Unfähigkeit erklärt sich teils aus den trostlosen Zeit- und Wirtschaftszuständen, die der Krieg hinterlassen,

teils aus dem Widerstand des Kapitals, zum größten Teil aber aus der Uneinigkeit der Führer und aus der Unreife der Massen.

Heut, wo wir die Riesenrechnung des Weltkrieges vorgelegt bekommen, handelt es sich nicht mehr um eine Sozialisierung im Sinne des Mitbestimmungsrechts und der Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft, sondern vielmehr darum, ob und inwieweit die Sozialisierung der großen Industrien neue Einnahmequellen für den Staat schaffen kann. Also *Sozialisierung als staatliche Gewinnbeteiligung und Schuldentilgungsinstrument*, nicht aber als hoffnungsvolle Einleitung jener sozialistischen Idealgesellschaft, von der die Arbeiterschaft seit hundert Jahren erwartungsvoll träumt.

Auch hier scheint sich die grausame Wahrheit zu bestätigen, dass in dem Jahrhunderte alten Kampf zwischen Kapital und Arbeit zuletzt das Kapital immer wieder Sieger bleibt. Es wäre vernünftiger von der Arbeiterschaft, wenn sie sich endlich auf den Boden dieser ökonomisch-geschichtlichen Tatsache stellen und zunächst an der Festigung der bürgerlichen Demokratie und des Völkerfriedens mit-helfen wollte. Vielleicht werden spätere Generationen dann glücklicher in der Verwirklichung sozialistischer Ideale sein.

BERLIN

HERMANN FERNAU



DER WANDERER

Der Tanne gleich, die mit vergreisten Wurzeln
Im Felsgeklüfte letzte Nahrung sucht,
Einsam,
Hungernd,
Lichtdurchloht,
Mit Fieberkraft nach Sonnenhöhe durstend,
Stehe ich hier!
Mit müden Händen greife ich nach Tat und Licht. — —
Weh mir!
Aus Abgrundtiefen ruft der Abendwind.
Müde Augen, ruhet aus;
— Licht ist Schmerz —
Wer durstete wie ihr nach Tat und Licht!

